

**Zeitschrift:** Wissen und Leben  
**Herausgeber:** Neue Helvetische Gesellschaft  
**Band:** 27 (1925)  
**Heft:** 19-20

**Artikel:** Eine andere Betrachtung  
**Autor:** Schürch, Ernst  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-748747>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## EINE ANDERE BETRACHTUNG

William Martin hat sein Fernrohr, das gewöhnlich auf internationale Positionen eingestellt ist, zur Abwechslung gegen das Bundeshaus gerichtet und uns in der letzten Nummer von *Wissen und Leben* erzählt, was er so gesehen hat:

« Le gouvernement fédéral est sans exagération le gouvernement le plus autocratique du monde... M. Mussolini est obligé de tenir compte de l'opinion publique dans une mesure bien plus grande que M. Schulthess ».

Es kommt auf den Standort des Betrachters an. Bald erscheint uns das Stockhorn als Stock, bald als Horn, und wieder in einem andern Gesichtswinkel zieht es sein ragendes Haupt ganz zwischen die Schultern und ist nur ein Glied in einer Bergkette ohne jeden Anspruch darauf, sie zu beherrschen. Es scheint andern Gipfeln ähnlich zu gehen.

Uns scheint, man müsse die Dinge von ferne, und sogar ein wenig aus der Perspektive der ausländischen Demokratien abspiegeln, um im Bundeshaus die selbstherrlichste Autokratie der Welt zu sehen. Vergleichen wir!

In aller Welt, theoretisch selbst im faschistischen Italien, kann die Regierung jederzeit gestürzt werden. Die eidgenössische Regierung nie! Im gefährlichsten Augenblick des Weltkrieges stürzte einer von sieben, und selbst darin fanden wackere Eidgenossen eine zu schwere Erschütterung unseres Staatswesens. Der « recall » des amerikanischen Rechts und das « impeachment » sind uns fremd. Wir sind aber auch nicht europäisch-parlamentarisch regiert. Der Bundesrat braucht keine Vertrauensfragen zu stellen. Ein Widerspruch zur Volksvertretung setzt seine Existenz nicht aufs Spiel. Er braucht nicht ans Volk zu appellieren, um sich gegen das Parlament zu behaupten. Er braucht schließlich auch nicht die öffentliche Meinung zu befragen, um sein Regierungsprogramm aufzustellen.

Den Bundesrat stützt das Bedürfnis nach statischer Stabilität, das anderswo ein Staatsoberhaupt über den Streit der Parteien erhebt. Das Kollegium der Sieben sitzt auf den Stühlen der Majestät. . . .

Nicht wahr, im Vergleich zu französischen, englischen, deutschen Ministerien eine ansehnliche Regierungsgewalt? « Le gouvernement le plus autocratique du monde »? In der ältesten Demokratie der Welt?

Dieses schroffe Profil ist jedenfalls merkwürdig. So merkwürdig, dass man darüber vergessen kann, sich einige Dinge zu merken, die auch noch ins Bild gehören.

Eine kleine Erinnerung: gerade vor einem Jahre schlug der Bundesrat vor, das seit der Vollmachtenzeit praktizierte Monopol der Getreideeinfuhr aufzuheben. Er trat im weitern für eine monopolfreie Dauerlösung ein. Begründung, in einen Satz gefasst: Das Monopol schiene uns wohl praktisch, aber die öffentliche Meinung ist dagegen, und es geht ganz gut ohne.

Dieses Jahr schlägt der Bundesrat eine Monopollösung vor. Begründung: Wir haben schon immer das Monopol als das Beste angesehen, aber erst jetzt ist die öffentliche Meinung so, dass wir unsere eigene Meinung verfechten dürfen. Also sprach der Bundesrat im Allgemeinen und Herr Bundesrat Schulthess im

Besondern. Wo ist nun plötzlich das Haupt der autokratischsten Regierung der Welt, um das die Strömungen der öffentlichen Meinung so machtlos brausen, wie Winde um eine Felsenstirn?

Es gibt nun bei uns schon so etwas wie eine Selbstherrlichkeit der Verwaltung, jedenfalls solange wir kein von der Verwaltung unabhängiges Verwaltungsgericht haben. Fleiner hat das dargetan. Aber wir haben auch etwas, das den Spielraum der Regierung einschränkt, enger als wie das längste Teleskop es in irgendeiner Demokratie der Welt entdecken wird. Das Volk hat in wichtigen Sachfragen selber das Wort, nicht mit Wahlzetteln, sondern mit Ja und Nein, es braucht dazu kein Auflösungsdekret, keine Parlamentserneuerung, keine neuen Plattformen.

Und deshalb bemüht sich die angeblich autokratischste Regierung der Welt, die sich um die öffentliche Meinung weniger zu kümmern hätte, als der « glorioso Duce », zuweilen um Stimmungen und Strömungen, bevor sie nur wagt, ihre eigene Meinung offen herauszusagen — es gibt Demokraten, die geneigt sind, solche Bemühungen nahezu bemühend zu finden, Leute, die glauben, die Regierung sollte führen, und zwar nicht, wie es ein englischer Politiker von den Parteien gesagt hat: sie gleichen den Schnecken, ihre Führung liege im Schwanz, also nicht « führen », indem die Regierung zuerst der Meinung der andern nachläuft, sondern indem sie den Weg, den sie für den rechten hält, wacker vorausmarschiert. Jakob Stämpfli, dem man einmal sagte, er habe etwas Unpopuläres vorgeschlagen, antwortete, er trete für seine Überzeugung ein, bis sie entweder Eingang gefunden oder er selber keinen Lebensfaden mehr habe. « Ich will nicht Götzendiener der öffentlichen Meinung sein », erklärte er dem bernischen Großen Rat. Wir sind jetzt in der Getreidefrage in einem Bogen herumgeführt worden, auf einer Kurve, die von der Angst der Regierung vor der Meinung der andern vorgezeichnet worden ist. Und nun weiß niemand recht, ob der Bundesrat heute, oder ob er vor einem Jahr auf der richtigen Spur war. Er hat auf seinem Bekehrungsbogen etwas aufgelesen, mit dem er sich sonst nicht zu belasten braucht, so etwas wie eine Zutrauensfrage, für die uns nur die amtliche Formel fehlt. Wenn eine Regierung der eigenen Politik das Zutrauen entzieht, dann ist auch das staatsfrömmste Gemüt versucht, weiter zu fragen.

\* \* \*

Etwas anderes scheint uns allmählich spruchreif zu werden. Das ist die Stellung unseres Parlamentes.

Verfassungsmäßig ist sie klar. Die Bundesversammlung ist nach Art. 71 B.-V. sogar — unter Vorbehalt der Rechte des Volkes und der Kantone — Inhaberin der obersten Gewalt in der Eidgenossenschaft.

Nun will uns scheinen, dass die Vertreter des Volkes und der Stände in volkswirtschaftlichen Fragen überschattet werden durch außerparlamentarische Konferenzen, zu denen der Bundesrat beruft, wen er für gut findet, meist « Interessenvertreter ». Dabei wendet sich der Bundesrat weniger an die politischen Parteien, als unmittelbar an Berufsverbände. Er appelliert damit an die Interessengegensätze innerhalb der Parteien. Er nimmt den politischen Organisationen

die Möglichkeit des vorbeugenden Ausgleichens. Hat dann ein Interessentenpalaver einen Kompromiss gezeitigt, der möglichst wenig auf Kosten der Anwesenden ging, dann sind die Volks- und Parteivertreter im Rat, die mit den besprochenen Interessen verbunden sind, nicht mehr frei. Die öffentliche Diskussion wird entwertet, die Stellung der « obersten Gewalt » unterwühlt. Der Entscheid lag dort, wo das Wahlrecht des Volkes nicht hindringt. Die Parteien werden zu Wahlmaschinen degradiert. Was den Namen « Politik » verdient, wird immer kümmerlicher. Was bleibt? Der Sessel. . . Und über dem Markt der Interessen fehlt das hohe Marschziel für die Entwicklung der Nation.

Die Folge? Vermehrtes Missbehagen und vermehrte Lust, bei nächster Gelegenheit « ja mit vier Buchstaben zu schreiben », und noch einmal mehr Angst der Regierung vor der « Stimmung », und wachsende Unsicherheit oben und unten.

Die Bundesversammlung sollte ihre Stellung als gesetzgebende Behörde dem Gehalt wie der Gestalt nach wahren, und die politischen Parteien müssen hiezu helfen, indem sie ihr Daseinsrecht trotz den gehätschelten Interessenverbänden auch der Regierung gegenüber mit aller Bestimmtheit verteidigen. Sonst kommen wir zum « Wirtschaftsrat » und damit zur Abdankung der Volksvertretung als einer republikanisch-demokratischen Institution. Dann haben wir die Oligarchie der Verbandssekretäre, und die Regierungsform des Techtelmechtels.

ERNST SCHURCH



## DIE FALSCHMÜNZER

(Schluss)

Vincent Molinier verließ die elterliche Wohnung allerdings jeden Abend, aber er ging nicht zu seiner Mätresse. Folgen wir seinen Schritten, obgleich er es eilig zu haben scheint. Von der Höhe der Rue Notre-Dame-des-Champs, in der er wohnt, geht Vincent bis zur Rue Saint-Placide, die ihre Verlängerung bildet; dann in die Rue du Bac, in der noch einige verspätete Bürger zu sehen sind. In der Rue de Babylone bleibt er vor einem hohen Torweg stehen, der sich öffnet. Es ist das Haus des Grafen von Passavant. Käme Vincent nicht häufig hierher, so würde er nicht so dreist in dies prunkvolle Hotel eintreten. Der Lakai, der ihn empfängt, weiß sehr wohl, wieviel Schüchternheit sich hinter seinem scheinbar ungezwungenen Benehmen verbirgt. Vincent reicht ihm seinen Hut nicht hin, sondern wirft ihn nachlässig auf einen Sessel. Immerhin besucht er dieses Haus noch nicht lange. Robert de Passavant, der sich jetzt seinen Freund nennt, ist der Freund von allerhand Leuten. Ich weiß eigentlich nicht, wie Vincent und er bekannt geworden sind. Wahrscheinlich schon auf dem Gymnasium, obgleich Robert de Passavant merklich älter ist als Vincent. Sie hatten sich ein paar Jahre lang aus den Augen verloren und sich dann neu, ganz zufällig, im Foyer eines Theaters wiedertreffen, im Beisein von Olivier, der ausnahmsweise mit ins Theater gegangen war. Passavant hatte,